



18. Mai 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Haushaltsberatungen - mehr Investitionen und zusätzliche Mittel für Digitalisierung**
- **Berichterstattergespräch Justiz und Verbraucherschutz**
- **Brückenteilzeit - die Teilzeitfalle muss endlich der Vergangenheit angehören**
- **Für eine bessere Versorgung - Mut zu mehr Wettbewerb um Qualität im Gesundheitswesen**
- **Impressionen vom Apfelweinanstich in der Hessischen Landesvertretung**

Haushaltsberatungen – mehr Investitionen und zusätzliche Mittel für Digitalisierung

In dieser Haushaltswoche wurde der erste Haushalt des sozialdemokratischen Finanzministers Olaf Scholz beraten. Und der Haushalt kann sich sehen lassen: sozial gerecht, zukunftsorientiert und dennoch solide finanziert und geplant.

Wir erhöhen die Investitionen und schaffen mit diesem Haushalt außerdem die Voraussetzungen, wichtige Punkte aus dem Koalitionsvertrag unverzüglich umzusetzen. Im Vergleich zum Bundeshaushalt 2017 steigen die Investitionen in 2018 um 9 Prozent auf 37 Milliarden Euro.

Ein wichtiges soziales Projekt ist das Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt“, mit dem wir Langzeitarbeitslose endlich zurück in Arbeit bringen wollen. Für 150 000 Langzeitarbeitslose soll eine Beschäftigungsperspektive geschaffen werden. Bis 2021 sind hierfür 4 Mrd. Euro eingeplant. Bereits 2018 werden die Mittel zur Eingliederung in Arbeit um 300 Mio. Euro erhöht.

Familien und Kinder werden besonders profitieren. Das Kindergeld und der Kinderfreibetrag werden in zwei Stufen erhöht. Dafür sind bis 2022 zusätzlich 5,2 Mrd. Euro vorgesehen. Für weitreichende Leistungsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung, wie z.B. Gebührenentlastung bei Kitas, Verbesserung des Betreuungsschlüssels und Ganztagsbetreuung für Grundschüler stehen ab 2019 insgesamt rund 7,5 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung.

Der Bau von bezahlbarem Wohnraum wird durch zusätzliche Mittel vorangetrieben: Mit 2 Mrd. Euro unterstützt der Bund die Länder beim sozialen Wohnungsbau. Bereits ab 2018 stehen für die Förderung des Wohnungsbaus von Familien 400 Mio. Euro bereit. Um den Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen, sind bis 2021 2 Mrd. Euro vorgesehen.

Mit dem „Sofortprogramm Personal“ stärken wir die Innere Sicherheit und die Justiz mit insgesamt 2500 zusätzlichen Stellen.

Wir erhöhen die Mittel des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

In weltpolitisch unruhigen Zeiten muss Deutschland seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Eine zielgerichtete Entwicklungspolitik hilft den Menschen weltweit in ihren Heimatländern. Eine vorausschauende und auf Diplomatie und Ausgleich gerichtete Außenpolitik fördert den Frieden in der Welt. Dies sind langfristig zwei entscheidende Bausteine, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen.

Von den zusätzlichen Steuermehreinnahmen sollen bereits 2018 2,4 Mrd. Euro in einen so genannten Digitalfond fließen. Damit wird – früher als geplant – in die Digitalisierung der Schulen investiert und der Breitbandausbau weiter vorangetrieben. Damit wappnen wir Deutschland für eine erfolgreiche Zukunft im digitalen Zeitalter.

DER BUNDESHAUSHALT 2018		Veränderungen zu 2017 in Prozent	
Die Einzelpläne der Ministerien			
Arbeit und Soziales	139,76 Mrd. €	↑	+2,9%
Verteidigung	38,49	↑	+4,2
Verkehr und digitale Infrastruktur	27,65	↓	-0,4
Bildung und Forschung	17,59	↑	+1,9
Gesundheit	15,20	↑	+0,2
Inneres, Bau* und Heimat	13,76	↑	+50,4
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10,20	↑	+7,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9,44	↑	+11,6
Wirtschaft und Energie	8,11	↑	+8,6
Finanzen	6,54	↑	+6,7
Ernährung und Landwirtschaft	6,01	↑	+5,6
Auswärtiges Amt	5,36	↓	-7,5
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2,92	↑	+7,2
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	1,97	↓	-61,5
Justiz und Verbraucherschutz	0,78	↓	-7,1

*Bauen wurde vom Umwelt- ins Innenministerium verlegt Quelle: Finanzministerium, dpa HNA

Quelle: Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 16.05.18

„Auch im Bereich Justiz und Verbraucherschutz gewinnt die Digitalisierung zunehmend an Bedeutung“, weiß Esther Dilcher zu berichten. „Unser Pakt für den Rechtsstaat funktioniert nicht nur durch mehr Personal, auch eine digitale Vernetzung wird zukünftig helfen, dass Straftaten besser und zügiger geahndet werden können und der gesamte Bereich der

Justiz zunehmend effizienter und zielgerichteter arbeiten kann“, so Esther Dilcher weiter. „Dabei behalten wir selbstverständlich auch den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick: Wir werden das Internet und alle Verträge, die online geschlossen werden, noch sicherer gestalten und die Nutzerinnen und Nutzer noch besser schützen“, endet Esther Dilcher.

Die Ausgaben für Investitionen bis 2021 betragen insgesamt über 146 Mrd. Euro. Der Bund entlastet damit ab 2020 die Länder und stärkt dauerhaft die Investitionskraft von Ländern und Kommunen. „Durch diese Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung stehen auch den Ländern und Kommunen mehr Mittel zur Verfügung, um ihre Investitionskraft zu stärken“, stellt Dr. Edgar Franke zufrieden fest.

Das Fazit der aktuellen Haushaltsberatungen ziehen die Abgeordneten Dilcher und Franke übereinstimmend: Mit dem für diese Legislaturperiode bestehenden Haushaltsspielraum von rund 46 Mrd. Euro werden viele Projekte umgesetzt, die für spürbare Verbesserungen im Land und bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen werden. Vor allem sollen kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden.

Berichterstattergespräch Justiz und Verbraucherschutz

Berichterstattergespräche finden vor den Einzelplanberatungen im Haushaltsausschuss in den jeweiligen Bundesministerien statt. Am Montag fand das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 07 – Justiz und Verbraucherschutz – im Bundesministerium in Anwesenheit der Bundesministerin Katarina Barley und der Staatssekretäre statt.

Esther Dilcher führte als Hauptberichterstatterin durch die Sitzung. In der Generalausprache zu Beginn des Gesprächs wurde deutlich, dass alle sechs Fraktionen insgesamt mit dem zweiten Regierungsentwurf zum Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (Einzelplan 07) für 2018 zufrieden sind. Danach wurden die einzelnen Titel besprochen. Jede Fraktion erhielt die Möglichkeit zu jedem Einzeltitel des Entwurfs Fragen zu stellen und kritische Anmerkungen zu machen.



Esther Dilcher mit Markus Uhl nach erfolgreichem Berichterstattergespräch.

„Alte Hasen“ hatten Dilcher zuvor berichtet, dass Berichterstattergespräche sich auch gerne einmal in die Länge ziehen. „Etwas mehr als eine Stunde haben wir nur gebraucht, um den Einzelplan 07 zu besprechen“, sagt Esther Dilcher.

„Die gute Vorbereitung durch das Ministerium und viele Telefonate im Vorfeld haben sicher dazu beigetragen, dass das Gespräch zügig moderiert werden konnte.“

Der Einzelplan 07 trägt deutlich die Handschrift der SPD. So werden gleich 2018 mit dem „Sofortprogramm Personal“ neue Stellen für die Opferentschädigung geschaffen und auch die Mittel werden in diesem Bereich deutlich aufgestockt. Wir wollen Opfer terroristischer Anschläge und extremistischer Übergriffe zukünftig schnell und wirksam entschädigen und unterstützen. Auch ein weiteres unserer Vorhaben, der „Pakt für den Rechtsstaat“ kann rasch umgesetzt und mit Leben gefüllt werden.

Die Mittel für den Verbraucherschutz bleiben auf hohem Niveau, so dass weiterhin eine agierende und aktive Verbraucherpolitik gestaltet werden kann. Zusammen mit der Musterfeststellungsklage wird damit noch einmal deutlich der Verbraucherschutz gestärkt.

Brückenteilzeit - die Teilzeitfalle muss endlich der Vergangenheit angehören

Die Brückenteilzeit hilft Männern und Frauen eine Zeitspanne während ihres Arbeitslebens in Teilzeit zu überbrücken, in der sie familiär besonders gefordert sind.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aus familiären Gründen für Teilzeit entschieden hatten, hingen anschließend in der Teilzeitfalle fest.

Besonders Frauen waren davon betroffen. Ihnen wurde es nicht ermöglicht, nach der Familienphase ihre Arbeitszeit wieder auf die volle Stundenzahl aufzustocken. Das fanden und finden wir in höchstem Maße ungerecht und wir haben daher in den Koalitionsgesprächen hartnäckig in diesem Bereich verhandelt.



Kaum ein Vorhaben wurde so sorgfältig ausverhandelt und so detailliert im Koalitionsvertrag festgehalten. Es wundert uns daher sehr, dass die CDU hier die zügige Umsetzung blockieren will. Die Brückenteilzeit muss schnellstmöglich umgesetzt werden, so wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Für eine bessere Versorgung - Mut zu mehr Wettbewerb um Qualität im Gesundheitswesen

Bei einer gesundheitspolitischen Podiumsdiskussion ging es in dieser Woche um das Thema „Wettbewerb im Gesundheitswesen - Wie gesund ist mehr Wettbewerb?“.

Wettbewerb als Instrument der Gesundheitsversorgung wird zunehmend kritisiert. Für Viele steht dahinter die Annahme, dass es unethisch ist, mit der Krankheit von Menschen Geld zu verdienen.

Wir Sozialdemokraten wollen aber keinen Preiswettbewerb, keinen Wettbewerb um die beste Rendite, sondern einen fairen

Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern, um die Qualität der Versorgung zu verbessern. Wir bekennen uns ganz klar dazu, dass der Wettbewerb um Qualität zu einer besseren und wirtschaftlicheren Gesundheitsversorgung beitragen kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

„Wir brauchen also gerechte Wettbewerbsbedingungen vor allem auch zwischen den Krankenkassen. Für uns ist die Verbesserung der Versorgung für die Versicherten der entscheidende Maßstab!“, sagte Edgar Franke. Es muss sichergestellt werden, dass es sich für die Krankenkassen nicht lohnt, ihre Anstrengungen auf die Gewinnung junger und gesunder Mitglieder zu richten, anstatt auf die gute Versorgung ihrer kranken, älteren und zum Teil multimorbiden Versicherten.

Für eine bessere Versorgungsqualität muss man den Krankenkassen mehr Handlungsmöglichkeiten einräumen, um ihre Versicherten individuell besser versorgen zu können.

„Hier brauchen wir mehr Mut, damit Wettbewerb überhaupt etwas Positives für den Einzelnen bewirken kann!“, so Edgar Franke abschließend.



Impressionen vom Apfelweinanstich in der Hessischen Landesvertretung



Thorsten Schäfer-Gümbel eröffnet mit Nancy Faeser die Veranstaltung mit großer Prominenz.



Von links: Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Kaufmann, Martina Werner MdEP, Dr. Edgar Franke MdB, Mario Jung, Landrat Winfried Becker, Bürgermeister Frank Börner, Günter Rudolph MdL und Walter Pippert.



Von links: Martina Werner MdEP, Dr. Edgar Franke MdB, Timon Gremmels MdB, Patrick Hartmann, Uwe Frankenberger MdL, Günter Rudolph MdL und Esther Dilcher MdB.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin